

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL

der öffentlichen Fachausschusssitzung Umweltschutz und Verkehr des Beirates Horn-Lehe

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
21. November 2016	18.30 Uhr	20.40 Uhr	Diele des Ortesamtes

TEILNEHMER_INNEN

ORTSAMT : OAL Inga Köstner, Vorsitz + Protokoll

BEIRAT/AUSSCHUSS : Corina Funk, Barbara Drechsel, Claus Gülke, Thomas Hanke, Peter Müller, Stefan Quaß, Manfred Steglich

GÄSTE : - Karin Kuder (ASV)
- Jutta Kirsch (Cambio Car Sharing)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.08.2016
3. Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
4. Anträge
 - Verbesserung der Ein- bzw. Ausfahrtbeziehungen Im Deichkamp – Überweisung aus dem Beirat (22.09.2016)
 - Sanierung der Zuwegung um die Marie-Curie-Grundschule und dem Jugendhaus Horn-Lehe - Konkretisierung SPD
 - Längenbeschränkte Tempo-30-Strecke Leher Heerstraße – SPD (07.11.2016)
 - Straßenbahnwendeschleife Leher Kreisel als Rechtsabbiegespur nutzen – SPD (07.11.2016)
 - Ampel Kopernikusstrasse (Höhe Högerweg) beidseitig mit einer Geschwindigkeitsinduktionsschleife ausstatten – SPD (07.11.2016)
 - Prüfung einer partiell zweispurigen Nutzung des Heerstraßenzuges – SPD (07.11.2016)
5. Mitteilung des Ausschussvorsitzenden
6. Berichte des Amtes
 - Taxenplätze an der Leher Heerstraße - erledigt
 - Markierung der Leher Heerstraße in Höhe Knotenpunkt Vorstraße - erledigt
 - Pflasterarbeiten auf dem Gehweg entlang der Kleinen Wümme zwischen Riensberger Straße und Horner Heerstraße – erledigt
 - Erlaubnis zur Grundwasserabsenkung in Bremen-Horn-Lehe, Leher Heerstr. 157
 - Erlaubnis Grundwasserabsenkung in Bremen-Horn-Lehe, Achterstraße PW Horn
 - Winterstreudienstkatalog 2016/2017
 - Sanierung Berckstraße
7. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder wurden per E-Mail vom 14.11.2016 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Sie teilt mit, dass der für den Stadtteil zuständige Verkehrssachbearbeiter der Polizei Bremen, Herr Koopmann, gesundheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehme. Außerdem könne keine Vertretung der BSAG anwesend sein, da zeitgleich eine Sitzung in Huchting stattfinde. Zu den SPD-Anträgen wurden schriftliche Stellungnahmen übersandt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen genehmigt.
(einstimmig)

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.08.2016

Herr Müller bat mit Schreiben vom 15.11.2016 (Eingang 16.11.2016) um Änderung des Protokolls im Punkt 4.4. Die nachträglichen schriftlichen Äußerungen decken sich nicht mit der Mitschrift der Vorsitzenden, so dass die Änderungswünsche den Ausschussmitgliedern vorgelegt und zur Abstimmung gestellt werden.

Beschluss: Der Antrag auf Änderung des Protokolls gilt aufgrund einstimmiger Enthaltung als abgelehnt.

Beschluss: Das Protokoll wird in seiner ursprünglichen Form mehrheitlich bei 6 Zustimmungen und einer Ablehnung genehmigt.

Zu TOP 3: Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

▪ Öffnung des Achterdieks – Herr Erbo

Herr Erbo erklärt, dass es zum Monatsende zur Öffnung des Achterdieks und Anbindung des Büroparks Oberneuland kommen werde. Er stellt heraus, dass die Öffnung zwar von Oberneuland gewünscht, von Horn-Lehe aber eher kritisch gesehen wurde. Da er unmittelbarer Nähe zum Achterdiek wohne, werde er die Verkehrssituation in den ersten Tagen beobachten.

Im Weiteren nehmen die Ausschussmitglieder die Wortmeldung zur Kenntnis.

▪ Cambio Car Sharing – Frau Kirsch

Frau Kirsch nutzt die Gelegenheit, sich und das Unternehmen Cambio Car Sharing kurz vorzustellen. In Bremen seien aktuell 250 Autos unterwegs – 8 davon in Horn-Lehe. Die Cambio-Stationen in der Mary-Astell-Straße, im Högerweg und in der Berckstraße seien den Ausschussmitgliedern möglicherweise bekannt. Durch die mehrfache Nutzung ersetze jedes Auto etwa 16 Privat-Pkw.

Aufgrund der hohen Nachfrage plane das Unternehmen, weitere Standorte im Stadtteil zu eröffnen. Im Frühjahr 2017 komme voraussichtlich in der Leher Heerstraße/Am Brahmkamp ein Standort hinzu. Ziel sei es zudem in der Nähe des Leher Kreisels eine Station zu eröffnen, um eine bessere Anbindung nach Oberneuland zu bekommen.

Im Weiteren nehmen die Ausschussmitglieder das Anliegen zur Kenntnis.

Zu TOP 4: Anträge

4.1 Verbesserung der Ein- bzw.- Ausfahrtsbeziehungen Im Deichkamp

Der Beirat fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, in der Straße Im Deichkamp im Einmündungsbereich zur Vorstraße die Ein- bzw. Ausfahrtsbeziehungen deutlich zu verbessern durch Anordnung eines absoluten Halteverbots auf einer Strecke von gut zehn Metern, gemessen vom Fußweg der Vorstraße in den Deichkamp hinein bis etwa zur Gartenpforte des Eckhauses.

Begründung:

Selbst wenn anders, als auf den Fotos sichtbar, d.h. nicht verkehrswidrig im Deichkamp geparkt wird, kommt es an dieser Kreuzung trotzdem regelmäßig zu unübersichtlichen und für Radfahrer und Fußgänger auch gefährlichen Situationen, weil in den Deichkamp einbiegenden Fahrzeugen die nötige Wartefläche fehlt, wenn ihnen Fahrzeuge aus dem Deichkamp entgegenkommen. Diese unhaltbaren und ärgerlichen Zustände stellen sich regelmäßig insbesondere in den Frühstunden vor Schulbeginn sowie am Nachmittag nach Schulschluss ein.

Es ist zu befürchten, dass sich die Zustände in dem Moment noch verschärfen werden, wenn mit Abschluss der Bauarbeiten im Mühlenviertel und Einrichtung der Diagonalsperre im Ledaweg der Verkehr in der Vorstraße zunehmen wird.

Die Vorsitzende erläutert, dass der Antrag aus der Sitzung des Beirates vom 22.09.2016 mit der Ergänzung „Ausweitung auf die gesamte Vorstraße mit Nebenstraßen“ überwiesen wurde. Die dem Ortsamt zur Verfügung gestellten Bilder werden zur Veranschaulichung gezeigt.

Frau Kuder erklärt, dass die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Parken in Kreuzungsbereichen eindeutig seien. Beim Parken sei darauf zu achten, dass vor und hinter Einmündungen und Kreuzungen genug Abstand gehalten werde. Es gelte die sogenannte 5-Meter-Zone. Gemessen werde der Abstand ab dem Schnittpunkt der Fahrbahnkanten. Wer mit einem Abstand von weniger als fünf Metern parke (wie in den Fotos zu sehen), riskiere ein Ordnungsgeld. Eine zusätzliche Regelung sei nicht erforderlich. Der Vorschlag von Pollern auf der Straße müsse in jedem Fall abgelehnt werden. Poller auf den Nebenanlagen seien nur in Ausnahmefällen bei aufgesetztem Parken möglich.

Herr Müller bewerte die Situation in der Straße Im Deichkamp kritischer als in den anderen von der Vorstraße abgehenden Straßen, da mit der Öffnung des Mühlenviertels ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen im Ledaweg und im Vorkampsweg zu erwarten sei. Er möchte wissen, ob als zusätzliche Maßnahme eine Schraffur oder ein Piktogramm auf die Fahrbahn aufgetragen werden könne.

Frau Kuder antwortet, dass eine Öffnung des Mühlenviertels aufgrund der Baumaßnahmen frühestens in vier bis fünf Jahren zu erwarten sei. Zu der Markierung von Sperrflächen führt sie aus, dass mit einem Schrägstrichgatter markierte Sperrflächen nicht überfahren werden dürfen. Man finde diese Beschilderung meist in Knotenpunktbereichen. Jedoch würde diese Maßnahme aufgrund der Situation vor Ort nicht als zielführend erachtet. Alternativ könnten Parkstandsmarkierungen geprüft werden. In der Regel würde damit aber der Parkdruck aufgrund geringeren Parkraums (vorgegebene Abstände und Breiten sind zwingend einzuhalten) eher erhöht und somit anderweitig zu Unzufriedenheit führen. Derzeit funktioniere das Durchfahren in der Straße einigermaßen gut. Piktogramme würden nicht unterstützt. Bestehende Regelungen seien eindeutig und klar. Wer sich darüber hinwegsetzen wolle, lasse sich auch von Piktogrammen nicht abschrecken.

Herr Hanke betont, dass das gesamte Vorstraßenquartier betrachtet werden müsse. Er könne Beispiele aus der Heinrich-Gefken-Straße und der Nößlerstraße vortragen, wo aufgrund fehlender Sichtbeziehungen (durch das Beparken der Hochpflasterung durch Lkw) die Vorfahrtsregelung „rechts vor links“ nicht mehr greife.

Ein Bürger möchte wissen, ob die einfache Verständigung von Verkehrsteilnehmern untereinander durch Regelungen oder Verordnungen abgeschafft wurde. Die Frage wurde bejaht. Im Übrigen verweist er auf Halteverbotsschilder in der 30er-Zone der Fritz-Haber-Straße, welches möglicherweise historisch bedingt dort stehe.

Beschluss: Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe nimmt die Ausführungen des Amtes für Straßen und Verkehr zur Kenntnis.
Der Ausschuss lehnt im Übrigen den Antrag bei einer Ja-Stimme und 6 Nein-Stimmen ab.

4.2 Sanierung der Zuwegung um die Marie-Curie-Grundschule und dem Jugendhaus Horn-Lehe

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück, nachdem die Auffahrt zum Jugendhaus und der Marie-Curie-Grundschule durch das Amt für Straßen und Verkehr ausgebessert wurde.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

4.3 Längenbeschränkte Tempo-30-Strecke Leher Heerstraße

Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, in der Leher Heerstrasse, zur Absicherung des Zebrastreifens eine längenbeschränkte Tempo 30 Strecke einzurichten. Diese soll mit folgender Beschilderungskombination beidseitig eingerichtet werden:



Begründung:

Mit dieser temporären Tempo 30 Strecke soll die Sicherheit am Zebrastreifen erhöht werden..

Darüber hinaus soll der Verkehrsausschuss prüfen, ob diese Maßnahme durch das Stadtteilbudget geleistet werden kann.

Herr Hanke stellt den Antrag vor. Er erachte eine dauerhafte Beschilderung für sinnvoller als das ursprünglich beantragte Blinklicht, dessen Funktionsfähigkeit permanent überprüft werden müsse. In jedem Fall sollte zur Sicherung des Fußgängerüberwegs ein zusätzlicher Hinweis erfolgen.

Herr Müller begrüßt den Vorschlag inhaltlich und könne sich vorstellen, dass eine Beschilderung auch deutlich preiswerter sei als ein Blinklicht. Wenn diese Initiative über das Stadtteilbudget zu finanzieren sei, müssten Folgekosten berücksichtigt werden.

Herr Gülke stellt grundsätzlich die Fragen, ob eine Geschwindigkeitsbegrenzung sinnvoll sei und ob der Fußgängerüberweg überhaupt genügend Sicherheit biete.

Herr Quaß bittet um Prüfung, ob die Maßnahme aufgrund der stadtteilübergreifenden Funktion der Leher Heerstraße aus dem Budget des Amtes für Straßen und Verkehr anstatt aus dem Stadtteilbudget finanziert werden könne.

Frau Kuder erörtert, dass vor der Einrichtung eines Zebrastreifens langfristige Prüfungen erfolgten. Fußgängerüberwege würden nur eingerichtet, wenn die entsprechende Sicherheit gegeben sei. Es seien klare Vorgaben hinsichtlich der Beleuchtung, der Lichtverhältnisse, von Abständen und mehr zu beachten. Natürlich sei auch das aktive Mitwirken aller Verkehrsteilnehmer erforderlich. Wenn eine reduzierte Geschwindigkeit angeordnet werde, müsse der Autofahrer den Grund erkennen oder einer zusätzlichen Beschilderung entnehmen. Sie schlage deshalb vor, das Verkehrszeichen 134-10 / 134-20 (Achtung Fußgängerüberweg) von beiden Seiten in noch zu prüfender Entfernung aufzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Hanke, beziffert Frau Kuder die Kosten pro Schild auf etwa 240 €. Die geeignete Entfernung müsse vor Ort geprüft werden. Es müsse eine Sichtbeziehung zum Zebrastreifen geben.



Beschluss: Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe nimmt die Ausführungen des Amtes für Straßen und Verkehr zur Kenntnis.

Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr nach ausführlicher Beratung auf, in der Leher Heerstraße zur Absicherung des Zebrastreifens das Gefahrzeichen „Achtung Fußgängerüberweg (134-10 bzw. 134-20)“ in Kombination mit dem Zusatzzeichen 1004-xx aufzustellen.



Dabei obliegt es dem Amt für Straßen und Verkehr, die am besten geeignete Entfernung zum Aufstellen der Schilder zu ermitteln. **(einstimmig)**

4.4 Straßenbahnwendeschleife Leher Kreisel als Rechtsabbiegespur nutzen

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, mit der BSAG zu prüfen, ob der kaum genutzte Wendekreis der Straßenbahn an der Horner Mühle als Rechtsabbiegespur für die Leher Heerstraße genutzt werden kann.

Begründung:

Eine Einrichtung dieser Spur würde die Verkehrssituation auf der Heerstraße in Richtung Lilienthal entspannen.

Herr Hanke bringt den Antrag ein und führt dabei aus, dass die Straßenbahnwendeschleife aus seiner Sicht kaum von der BSAG genutzt werde. Er wisse aus der Diskussion um die Taxistellplätze um die Begründung, dass die Wendeschleife für den Ersatzverkehr oder in begründeten Ausnahmefällen genutzt werde. Er benennt aber auch ein Beispiel aus der Vahr, wo die Straßenbahngleise für die Autoabbiegespur genutzt werden.

Die Vorsitzende verweist auf die eingangs vorgetragene Entschuldigung der BSAG, aufgrund von Terminkollisionen keinen Referenten schicken zu können. Stattdessen wurde eine schriftliche Stellungnahme übermittelt, die im Rahmen der Sitzung verlesen wird:

„Die Bremer Straßenbahn AG lehnt eine Nutzung der Wendeschleife als feste Rechtsabbiegespur für die Leher Heerstraße ab. Die Wendeschleife wird von der BSAG genutzt, um im Falle einer Störung oder von Bauarbeiten eine Bedienung von Horn-Lehe und Schwachhausen mit Straßenbahnen aufrecht erhalten zu können. Vor allem im Falle von Störungen durch Unfälle und ähnliche Ereignisse wird eine Nutzung oftmals kurzfristig und vollumfänglich nötig, so dass es zu einem Mischverkehr von Straßenbahn und Individualverkehr kommen würde, der besonders geregelt und signalisiert werden müsste. Auch stehen die Bahnen im Falle einer Störung teilweise einige Zeit in der Wendeanlage, um die Abfahrt in Gegenrichtung jeweils pünktlich zu gewährleisten.“

Wie auch im Falle von Antrag 4 stehen auch hier rechtliche Gründe einer Nutzung entgegen, da es sich bei der Gleistrasse um einen planfestgestellten besonderen Bahnkörper handelt. Dieses zu ändern erfordert ein erneutes Planfeststellungsverfahren. Zudem wurde der Bau aus Förderprogrammen für den Nahverkehr mitfinanziert die gegebenenfalls zurückgezahlt werden müssten.“

Herr Müller verweist auf einen Planaufstellungsbeschluss aus dem Jahr 1998. Demnach sollte die Wendeschleife nach Erweiterung der Linie 4 begründet werden.

Herr Quaß findet den Antrag richtig, obwohl ihm die Ablehnung der BSAG bekannt sei. Er wünsche sich neben der Stellungnahme der BSAG eine Stellungnahme des Ressorts, die die Auswirkungen auf die Ampelschaltung und eine ergebnisoffene Prüfung von Aufwand und Nutzen beinhalte.

Ein in unmittelbarer Nachbarschaft lebender Bürger erklärt, dass die Wendeschleife häufig von Straßenbahnen eingefahren werde.

Herr Müller unterstützt die Ausführungen der BSAG dahingehend, als dass es sich um einen fremdfinanzierten Bereich handele, für den ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich sei. Hierfür sehe er nur geringe Chancen.

Herr Hanke wirft abschließend die Frage an das Ressort auf, welche zeitlichen Bindungen die bei der Straßenbahnerweiterung ggf. genutzten Förderprogramme hätten.

Beschluss: Die Mitglieder des Fachausschusses verständigen sich bei 6 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich darauf, den Prüfauftrag trotz einer ersten, negativen, schriftlichen Stellungnahme der Bremer Straßenbahn AG aufrecht zu erhalten. Er erwartet eine ergebnisoffene Prüfung und eine Stellungnahme des Ressorts, bei der insbesondere auf die folgenden Aspekte eingegangen werden soll:

1. Finanzieller Aufwand der Einrichtung eines Rechtsabbiegers über alle/ein Gleis(e)
2. Aufwand hinsichtlich einer neuen Planfeststellung
3. Bindungsdauer aufgrund von Förderprogrammen? (fremdfinanzierter Bereich)

4.5 Ampel Kopernikusstrasse (Höhe Högerweg) beidseitig mit einer Geschwindigkeitsinduktionsschleife ausstatten

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Ampel in der Kopernikusstrasse (Höhe Högerweg) beidseitig mit einer Geschwindigkeitsinduktionsschleife auszustatten, die ab Tempo 35 die Ampel automatisch auf Rot schalten lässt. Darüber hinaus gilt für den Verkehrsausschuss zu prüfen, ob diese Sicherheitsmaßnahme auf die Prioritätenliste für das Stadtteilbudget gesetzt werden kann.

Begründung:

Die Geschwindigkeit von Tempo 30 wird in Kopernikusstrasse permanent missachtet. Eine sporadische Messung an einem Samstag Nachmittag hatte folgende Ergebnis: 5 % zwischen 30 und 35 – 20 % zwischen 35 und 40 – 40 % zwischen 40 und 50 – der Rest zwischen 50 und 70. Zwei Bremer Sportwagen lieferten sich sogar mit Tempo 114 und Tempo 92 ein Rennen.

Da eine Blitzeranlage scheinbar nicht möglich erscheint, müssen andere Möglichkeiten genutzt werden den Verkehr auf Tempo 30 zu reduzieren. Die Einrichtung einer Induktionsschleife kann hier, durch das Auslösen der Ampel auf ROT, dieses gewährleisten.

Herr Hanke erklärt die hinter dem Antrag stehende Idee. Demnach sei der Einfluss bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung für Außenstehende gering, da es sich hierbei um hoheitliche Aufgaben der Polizei handele. Er habe mehrfach neben der Geschwindigkeitsmesstafel gestanden und sich die Anzeige angesehen. Die Spitzenwerte lagen bei 114 km/h und bei 92 km/h. Eine Geschwindigkeitsinduktionsschleife ließe die Ampel bei Geschwindigkeitsübertretung automatisch auf rot umschalten, so dass ein Abbremsen erforderlich werde.

Herr Quaß betont, dass das schnelle Fahren nicht nur ein Phänomen der Kopernikusstraße sei. Er befürchte, dass zu schnell Fahrende erst recht beschleunigten, um die Grünphase der Ampel mitzubekommen. Er erklärt, dass eine Ampel kein Mittel der Verkehrsberuhigung darstelle. Er fordert die Ausschussmitglieder auf, alternative Vorschläge zu unterbreiten wie beispielsweise alternierendes Parken auf der Straße. Der vorliegende Antrag gehe ihm zu weit. Eine Umsetzung halte er für unwahrscheinlich.

Herr Gülke könne sich verstärkt durchgeführte polizeiliche Geschwindigkeitsmessungen vorstellen. Die Maßnahme spräche sich schnell herum und trüge somit zu einer allgemeinen

Geschwindigkeitsreduzierung bei. Ansonsten bitte er die Polizei um Auskunft, ob es Auffälligkeiten gebe.

Herr Müller unterstützt die Aussage, dass eine Ampel nicht die Funktion der Verkehrsberuhigung habe. Er schlägt stattdessen vor, die Ampel für Autofahrer dauerhaft auf rot und für Fußgänger auf grün zu stellen. Dazu gäbe es in anderen Kommunen erste positive Erfahrungen, die er den Ausschussmitgliedern gern zur Kenntnis gebe.

Frau Kuder stehe einer Diskussion und dem Vorschlag des alternierenden Parkens offen gegenüber. Sie bittet, die BSAG in die Diskussion einzubinden, da auf der Strecke ein Bus eingesetzt sei. Außerdem müsse die Lichtsignaltechnik des Amtes für Straßen und Verkehr angesprochen werden.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, das Thema noch einmal in der nächsten Sitzung des Fachausschusses aufzurufen. **(einstimmig)**

4.6 Prüfung einer partiell zweispurigen Nutzung des Heerstraßenzuges

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, zu prüfen, ob die Leher Heerstraße partiell zweispurig nutzbar ist. Durch kleine Rampen könnte z. B. ab der Marcusallee bis Ronzelenstraße, sowie ab Herzogenkamp bis Vorstraße eine Zweispurigkeit eingerichtet werden.

Begründung:

Auch in anderen Stadtteilen teilen sich Autos und Straßenbahn teilweise die Fahrbahn. Eine zweispurige Nutzung in Horn-Lehe würde die Stausituation entzerren.

Herr Hanke bringt den Antrag ein und erläutert, auf welchen Teilbereichen des Heerstraßenzuges er sich eine zweispurige Nutzung unter Einbeziehung des Gleiskörpers vorstellen könne.

Herr Quaß würdigt den Antrag als originell, wenngleich er eine ablehnende Haltung der BSAG vermute. Zudem hätten sich insbesondere SPD-Politiker in den 90er Jahren für eine Hochpflasterung eingesetzt.

Er schlägt vor, den Antrag geringfügig zu ändern und den ersten Satz wie folgt zu ergänzen: „partiell zweispurig nutzbar ist, ohne dass der Öffentliche Personennahverkehr beeinträchtigt werde.“

Herr Steglich spricht sich gegen den Antrag aus, da er den Öffentlichen Personennahverkehr gestärkt wissen möchte. Dieses Bestreben werde sowohl vom Antrag selbst als auch mit der Ergänzung durch Herrn Quaß konterkariert.

Frau Kuder führt aus, dass der Gleiskörper derzeit nur im Ausnahmefall und bei Bauarbeiten befahren werden dürfe. Zuvor sei ein entsprechender Antrag bei der BSAG zu stellen. Aus ihrer Sicht müsste eine bauliche Trennung zwischen dem Individualverkehr und der BSAG erfolgen. Sie stelle sich vor, dass das Verfahren aufwändig und kompliziert sei.

Die Vorsitzende gibt die schriftliche Antwort der BSAG auf die Initiative zur Kenntnis:

Die Bremer Straßenbahn AG lehnt eine solche Nutzung der Straßenbahngleise durch den Individualverkehr ab. Grundsätzlich stehen dem Antrag rechtliche Gründe entgegen, da es sich bei der Gleistrasse um einen planfestgestellten besonderen Bahnkörper handelt. Dieses zu ändern erfordert ein erneutes Planfeststellungsverfahren. Zudem wurde der Bau aus Förderprogrammen für den Nahverkehr mitfinanziert die gegebenenfalls zurückgezahlt werden müssten.

Darüber hinaus sprechen aus unserer Sicht verkehrliche und sicherheitstechnische Gründe dagegen. So müssten zusätzliche Signalanlagen für einen sicheren Mischverkehr von Straßenbahn und Individualverkehr sorgen. Auch sind „kleine Rampen“ keine Lösung, da der Höhenunterschied zwischen den Fahrbahnen voraussichtlich auf ganzer Länge zu beseitigen wäre.

Aus Sicht der BSAG resultieren die Staus nicht aus dem fehlenden Fahrstreifen, sondern aus der geringen Leistungsfähigkeit der angrenzenden Knotenpunkte. Insbesondere die Linksabbieger sind kritisch zu sehen. Hier bestehen aus unserer fachlichen Sicht durchaus Optimierungsmöglichkeiten, um den Verkehrsfluss im Individualverkehr zu verbessern ohne Nachteile für den ÖPNV zu generieren. Ein weiterer Fahrstreifen im Zulauf bringt keine Entspannung beziehungsweise keine Beschleunigung des Individualverkehrs sondern würde letztlich nur den ÖPNV ausbremsen.

Herr Müller verweist auf die zwei bestehenden Ausnahmen im Verlauf des Heerstraßenzuges. So würde die Situation an der Kreuzung Autobahnzubringer aus seiner Sicht funktionieren, unter der Eisenbahnbrücke zum Abbiegen in den Herzogenkamp nicht. Er befürworte eine Trennung insbesondere vor Knotenpunkten.

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass Fördergelder für den Ausbau der Straßenbahn in Anspruch genommen wurden und die Bindungsfrist geprüft werden müsse.

Herr Hanke verweist auf Beispiele im Viertel und in der Vahr, wo ein Befahren des Gleiskörpers durch Autofahrer möglich sei. Im Übrigen übernimmt er als Antragsteller den Ergänzungsvorschlag zum Antrag.

Beschluss: Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mehrheitlich auf, zu prüfen, ob die Leher Heerstraße partiell zweispurig nutzbar ist, ohne dass der Öffentliche Personennahverkehr beeinträchtigt wird. Durch kleine Rampen könnte z. B. ab der Marcusallee bis Ronzellenstraße, sowie ab Herzogenkamp bis Vorstraße eine Zweispurigkeit eingerichtet werden.

Begründung:

Auch in anderen Stadtteilen teilen sich Autos und Straßenbahn teilweise die Fahrbahn. Eine zweispurige Nutzung in Horn-Lehe würde die Stausituation entzerren.

(5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

4.7 Treppenaufgang zur Bahnstrecke am Achterdiek (Dringlichkeitsantrag)

Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr fordert die zuständige Stelle auf, den Treppenaufgang zur Bahnstrecke im Bereich des Brückenbauwerks Achterdiek aus Sicherheitsgründen unverzüglich abzusperren.

Die Dringlichkeit des Antrages ergebe sich aus der Tatsache, dass der Sachverhalt erst nach Antragsschluss bekannt geworden sei, aber dringender Handlungsbedarf zur Sicherung der Gleise bestehe.

Beschluss: Der Fachausschuss stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrages einstimmig bei 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Die Forderung sei nach Kenntnisnahme der Situation durch die Fotos nachzuvollziehen.

Beschluss: Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr fordert einstimmig bei 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die zuständige Stelle auf, den Treppenaufgang zur Bahnstrecke im Bereich des Brückenbauwerks Achterdiek aus Sicherheitsgründen unverzüglich abzusperren.

Zu TOP 5: Mitteilung des Ausschussvorsitzenden ./.

Zu TOP 6: Berichte des Amtes

6.1 Taxenplätze an der Leher Heerstraße

Anordnung Höhe Fußgängerüberweg Leher Heerstraße - erledigt

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

6.2 Markierung der Leher Heerstraße in Höhe Knotenpunkt Vorstraße

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zum Abschluss der Markierungsarbeiten zur Kenntnis.

6.3 Pflasterarbeiten auf dem Gehweg entlang der Kleinen Wümme zwischen Riensberger Straße und Horner Heerstraße

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Ausbesserung des Gehweges vor dem Hintergrund der Verkehrssicherungspflicht zur Kenntnis.

6.4 Erlaubnis zur Grundwasserabsenkung in Bremen-Horn-Lehe, Leher Heerstr. 157 vom 26.09.2016 (Ergänzung vom 31.10.2016)

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

6.5 Erlaubnis zur Grundwasserabsenkung in Bremen-Horn-Lehe, Achterstraße PW Horn vom 11.11.2016 (Inbetriebnahmemeldung vom 17.11.2016)

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

6.6 Winterstreudienstkatalog 2016 / 2017

„Dieser Katalog enthält die Namen der Straßen, deren Fahrbahnen vom Streudienst mit Salz erfaßt werden.

Der Winterstreudienstkatalog beinhaltet keine Radwege, Plätze, Überwege, Gehwege und sonstige dem Fußgängerverkehr vorbehaltenen Straßenteile. Hierfür richtet sich der Streudienst ausschließlich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Die Fahrbahnen aller nicht genannten Straßen werden nur bei Schneefall - in der Reihenfolge ihrer Verkehrsbedeutung - geräumt, soweit es die Verkehrsverhältnisse und die betrieblichen Möglichkeiten zulassen.“

Winterstreudienstkatalog

Sortiermerkmal: Ortsämter

Sortiermerkmal: Straßen nach Alphabet

Sortiermerkmal: Streudienstzuständigkeit

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

6.7 Sanierung Berckstraße

Die Ausschussmitglieder nehmen zur Kenntnis, dass noch keine Antwort des Ressorts vorliegt.

6.8 Kanalsanierung Inliner 2017 Paket 3 (hier: Hochschulring)

3 Haltungen des Schmutzwasserkanals sollen in geschlossener Bauweise auf einer Länge von 82 m mittels Schlauchliner saniert werden. Für den Schlauchlinereinbau ist eine abschnittsweise Teilspernung der Fahrspuren erforderlich. Die Arbeiten sollen in der Zeit von Mitte Mai 2017 bis Juli 2017 ausgeführt werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

6.9 Kanalsanierung Rhododendronpark RMK

24 Haltungen des Mischwasserkanals sollen in geschlossener Bauweise auf einer Länge von insgesamt 985 m von der Marcusallee aus und weiterführend durch den Rhododendronpark und der Sportanlage des TV Eiche Horn zur Berckstraße führend mittels Schlauchliner saniert werden. Die Arbeiten sollen in der Zeit von Juni 2017 bis Juli 2018 ausgeführt werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

6.10 Umkehrung der Einbahnstraßenrichtung Am Brahmkamp

1. Der Beirat bittet dringend um Auskunft, welche verkehrslenkende oder andere Bedeutung die vier am Straßenrand angebrachten "Park-Inseln" in der Straße Am Brahmkamp haben (siehe Fotos im Anhang).
2. Der Beirat bittet um Auskunft, welche Kosten bei der Errichtung dieser Maßnahmen entstanden sind.
3. Der Beirat bittet um Auskunft, ob es gravierende Gründe gegen eine Umkehrung der Einbahnstraßenrichtung in der Straße Am Brahmkamp gibt.

Die Vorsitzende berichtet zum ersten Punkt, dass es weitere Parkinseln auf der gegenüberliegenden Straßenseite geben soll, die je nach Witterung errichtet werden. Eine Antwort zu den Kosten stünde noch aus.

Zum dritten Punkt des Antrages gibt es erste Überlegungen des Amtes für Straßen und Verkehr, die veranschaulicht werden.

Frau Kuder führt aus, dass im Jahr 2006 eine Petition mit dem Ziel der Umkehrung der Einbahnstraßenregelung eingereicht wurde. Dabei war bedenklich, dass der Petent kein Anwohner der Straße Am Brahmkamp war. Im Jahr 2010 sei ein ähnlich lautender Antrag einstimmig im Beirat abgelehnt worden.

Mittels Plänen der Lichtsignaltechnik, die die Ein- und Ausfahrtssituationen der Straße Am Brahmkamp darstellten, erläutert Frau Kuder einzelne Auswirkungen auf den Verkehrsfluss. Sie benennt aus ihrer Sicht Vor- und Nachteile, weist aber darauf hin, dass ihr eine vollständige Abwägung nicht obliege. Sie plädiert dafür, eine fundierte Stellungnahme der Verkehrsplanung einzuholen.

Herr Hanke und Herr Quaß äußern sich kritisch zum Vorschlag der Umkehrung, während Herr Müller an den von der SPD und CDU mitgetragenen Prüfauftrag erinnert.

Beschluss: Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn Lehe nimmt zur Kenntnis, dass in der Straße Am Brahmkamp weitere „Park-Inseln“ auf der gegenüberliegenden Straßenseite zur Beruhigung des Verkehrs und

Unterbindung von Schleichverkehr im nächsten Jahr bei entsprechender Witterung gesetzt werden sollen.
Ferner nimmt er die Erläuterungen des Amtes für Straßen und Verkehr zu Auswirkungen auf die Umkehrung der Einbahnstraßenrichtung zur Kenntnis, bittet aber zusätzlich um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.
(einstimmig)

Zu TOP 7: Verschiedenes ./.

Inga Köstner

- Vorsitz und Protokollführung -

Stefan Quaß

- Ausschusssprecher -